

1. Theoretische Grundlagen

Nicholas Barr eröffnet die Partie mit der Frage, wie sich das Lebenseinkommen eines arbeitenden Normalbürgers zur Finanzierung der Konsumausgaben auf die Lebensabschnitte des Einkommenserwerbs und des Ruhestandes aufteilen lässt. Die neoklassische Standardökonomie hat dazu eine rationale Lösung, die der amerikanische Ökonom Irving Fisher (1867-1947) in einem Gleichgewichtsmodell exakt bestimmt hat. Dieses Fisher-Modell dient allgemein als theoretische Begründung dafür, dass dies am Besten durch private Vorsorge auf Märkten für Versicherungen, Vermögensanlagen und Ersparnisse geschieht. Das Fisher-Modell beruht allerdings auf strengen Voraussetzungen. Auf den Märkten muss vollkommener Wettbewerb herrschen. Die Nachfrager nach Versicherungspolizzen und Wertpapieren müssen vollkommen informiert sein, z.B. über die Qualität der Papiere. Die Anbieter müssen ebenso gut Bescheid wissen, z.B. über die Zahlungsfähigkeit der Nachfrager. Beides ist in höchst unvollkommener (asymmetrischer) Weise der Fall, auch deshalb, weil es dabei um Zukunft geht, die nicht vorhersehbar ist. Deshalb lassen sich nur Polizzen für Versicherungsleistungen anbieten, deren Prämien aufgrund von Erfahrungswerten berechnet werden können. Bei wichtigen existenziellen Problemen in der Marktwirtschaft ist das jedoch nicht möglich. So gibt es keine Wahrscheinlichkeiten für das Auftreten von Arbeitslosigkeit, weshalb entsprechende Versicherungspolizzen auf dem Markt nicht angeboten werden können. Deshalb ist staatliche Sozialpolitik auch theoretisch und praktisch begründet. Denn, so Barr: „Risiko, Unsicherheit und unvollkommene Information transformieren die Grundlagen der unregulierten Marktkräfte, die automatisch zu effizienten Ergebnissen führen.“ (S.6) Anders ist es bei der Krankheitsvorsorge. In diesem Fall ist private Versicherung möglich; die Privatisierung öffentlicher Krankenkassen wird dementsprechend zur Behebung der Finanznöte derselben vorgeschlagen. Barr belegt theoretisch und empirisch, dass nicht allein asymmetrische Information und die persönliche Einschätzung und Einstellung zu Risiko („Risikoaversion“) bewirken, dass viele am Markt unversorgt bleiben. Ausschlaggebend hierfür sind vor allem die Unterschiede in der Verteilung der Risiken und der Einkommen: denn die Armen, deren Krankheitsrisiko weit über dem des Durchschnittsbürgers liegt, könnten kostendeckende, geschweige denn profitable Versicherungsprämien nicht bezahlen. Analoges gilt für die private Altersvorsorge. Auch sie schließt viele aus. Eine umfassende Vorsorge ist deshalb über den Markt nicht zu erhalten. In demokratischen Gesellschaften erhält so der Staat seine Rolle, denn er kann die Finanzierung über Beiträge und Steuern nachhaltig erzwingen. Und zwar auch von jenen, die sich eine private Versicherung leisten könnten und mit ihren Beiträgen zur Pflichtversicherung sicherstellen, dass Solidarleistungen an die „schlechten Risiken“ bezahlt werden können. Gelingt die umfassende Vorsorge, dann sind damit auch Wohlfahrtsgewinne für die Gesellschaft erreicht, die in erhöhter Arbeitsproduktivität und Wertschöpfung zu Buche schlagen.

Freilich ist es dazu nicht nötig, dass der Staat die sozialpolitische Leistung jeweils selber produziert, anbietet und finanziert; es gibt die verschiedensten Formen staatlicher Regelungen. Wichtig ist dabei, dass sie effektiv umgesetzt werden.

2. Pensionen

Die sozialstaatliche Altersvorsorge, finanziert über Zwangsbeiträge, bezahlt von den arbeitenden Anspruchsberechtigten an die altersbedingt nicht mehr arbeitenden Leistungsempfänger, soll unter dem Motto „mehr privat, weniger Staat“ ergänzt bis